

**Gesetzentwurf**

der AfD-Fraktion

**Gesetz für mehr direkte Demokratie bei Bürgerentscheiden**

## **Gesetzentwurf**

### **der AfD-Fraktion**

## **Gesetz für mehr direkte Demokratie bei Bürgerentscheiden**

### **A. Problem**

Ein Bürgerentscheid ist nach § 15 Absatz 4 Satz 2 BbgKoVerf nur dann zustande gekommen, wenn ein doppeltes Quorum erreicht wird. Nach der jetzigen Regelung muss er die Mehrheit der gültigen Stimmen und mindestens 25 vom Hundert der Stimmberechtigten erreichen. Wenn ein Bürgerentscheid beispielsweise zwar die Mehrheit der Stimmen erreicht, die Beteiligung aber nur bei 47 vom Hundert ist und nur 24 vom Hundert der stimmberechtigten Bürger für den Bürgerentscheid, aber 23 vom Hundert gegen ihn gestimmt haben, so ist der Bürgerentscheid nicht zustande gekommen. Dieses derzeit vorhandene Zustimmungsquorum beim Bürgerentscheid schmälert aber die Teilnahmebereitschaft an der Abstimmung und erleichtert eine potenzielle Boykottstrategie von Gegnern dieses Begehrens. Denn die Nichtteilnahme wirkt wie eine Neinstimme, wenn das Quorum von 25 vom Hundert der Abstimmungsberechtigten verfehlt wird. Der Satz 3 dieser Norm stellt dazu noch ausdrücklich klar, dass bei Stimmengleichheit die Frage als mit „nein“ beantwortet zu gelten hat.

Da die Hürden hier so hoch gesetzt sind, kommt kein Bürgerentscheid zustande. Der Bürgerentscheid ist ein wesentlicher Baustein in einer direkten Demokratie. Wie auch in anderen Bundesländern gibt es in Brandenburg die Möglichkeit des Bürgersentscheids, wenn aufgrund der Hürden auch nur theoretisch. Praktisch wird diese Möglichkeit kaum umgesetzt.

Entscheidend sind jedoch die Erfolgchancen für Bürgerentscheide. In Brandenburg müssen wie in den anderen Bundesländern hohe Hürden überwunden werden, damit ein Bürgerentscheid erfolgreich wird. Im Gegenteil stellt die jetzige Regelung im brandenburgischen Kommunalverfassungsgesetz einen Verstoß gegen das bewährte demokratische Prinzip „Mehrheit entscheidet“ dar.

Wer an einem Bürgerentscheid nicht teilnimmt, sollte auch keinen Einfluss auf dessen Ausgang haben. Dieser oben genannte Grundsatz wird bei der Landtagswahl beachtet, jedoch nicht beim Bürgerentscheid.

Wer sich an der Abstimmung nicht beteiligt, ist nicht an sich gegen das jeweilige Begehren, sondern hat im Zweifel keine Meinung dazu. Schweigen kann auch Neutralität bedeuten.

Insofern ist es undemokratisch, wenn bei Stimmengleichheit der Bürgerentscheid abgelehnt wird bzw. nicht zustande kommt.

## **B. Lösung**

Um die oben dargestellte Situation zu ändern, muss das Zustimmungsquorum beim Bürgerentscheid im Land Brandenburg abgeschafft werden. Nur dadurch kann die Möglichkeit eröffnet werden, dass ein Bürgerentscheid zustande kommt. Nur dadurch wird das höchstdemokratische Prinzip „Mehrheit entscheidet“ gewährleistet.

## **C. Rechtsfolgenabschätzung**

### **I. Erforderlichkeit**

Die Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg ist erforderlich, um mehr direkte Demokratie in Brandenburg zu gewährleisten.

### **II. Zweckmäßigkeit**

Die Änderung ist zweckmäßig, um das oben genannte Ziel zu erreichen.

### **III. Auswirkungen auf Bürger, Wirtschaft und Verwaltung**

Die Änderung würde die Bürger motivieren an der Abstimmung teilzunehmen. Dadurch wäre sichergestellt, ob die Mehrheit für oder gegen das jeweilige Begehren ist.

## **D. Zuständigkeiten**

Zuständig ist der Landtag Brandenburg.

## **Gesetzentwurf für ein**

### **Gesetz für mehr direkte Demokratie bei Bürgerentscheiden**

**Vom ...**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### **Artikel 1**

##### **Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg**

§ 15 Absatz 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I Nr. 19), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I 32, S. 23) wird wie folgt geändert:

1. Im Satz 2 werden die Wörter „,sofern diese Mehrheit mindestens 25 vom Hundert der Stimmberechtigten beträgt“ gestrichen.
2. Satz 3 wird gestrichen.
3. Es wird ein neuer Satz 3 eingefügt:

„Bei Stimmengleichheit wird die Frage zu einem späteren Zeitpunkt zu einer erneuten Entscheidung gestellt.“

#### **Artikel 2**

##### **Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tag der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Die Präsidentin des Landtages Brandenburg

Britta Stark

## **Begründung**

### **A. Allgemeiner Teil**

Bürgerbegehren und Bürgerentscheid sind neben dem Wahlrecht zu den Organen der Gemeinde Kernstücke der Mitwirkungsrechte für Bürger. Diese können dabei helfen, wichtigen und kontroversen kommunalen Themen einen Raum für den öffentlichen Diskurs zu bieten. Der Bürgerentscheid spielt in diesem Zusammenhang die wichtige Rolle des „Prozessabschlusses“. Er beendet den öffentlichen Diskurs durch einen demokratischen Abstimmungsakt. Zugleich verstärkt er die Identifikation des Einzelnen mit seinem unmittelbaren politischen Umfeld und legt somit den demokratischen Anspruch eines von den Bürgern getragenen Gemeinwesens fest.

Die in der Vergangenheit geäußerten Befürchtungen bezüglich einer populistischen Instrumentalisierung oder Zweckentfremdung der Bürgerentscheide, haben sich in der Praxis weitgehend als unbegründet erwiesen. Umso unverständlicher sind die zurzeit vorhandenen Hürden für Bürgerbegehren und zwar nicht nur in Brandenburg.

Aus welchem Grund die Frage bei Stimmengleichheit mit „Nein“ beantwortet wird, erschließt sich ebenfalls nicht. Aus einer Stimmgleichheit ergibt sich nämlich die Unmöglichkeit der Entscheidung. Damit sollte die Frage zu einem späteren Zeitpunkt erneut zu einer Entscheidung gestellt werden.

### **B. Besonderer Teil**

Durch die Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg wird eine gesetzliche Möglichkeit geschaffen Bürgerbegehren im Land Brandenburg zustande kommen zu lassen.

Birgit Bessin  
für die AfD-Fraktion